



Pressekonferenz zur EU-Zuckermarktordnung am 24.06.2005

Die AGEZ, der Dachverband von 30 entwicklungspolitischen NGOs, hält eine Reform der bestehenden Zuckermarktordnung für unerlässlich und begrüßt, dass in Zukunft der Export von subventioniertem Zucker eingestellt werden muss. Wogegen wir uns aber entschieden zu Wehr setzen ist, wenn behauptet wird: dieser vorliegende Reformvorschlag der Kommission ist ein Beitrag zur Armutsreduzierung in den Entwicklungsländern. Die Umsetzung dieses Reformvorschlages hätte nicht nur für die europäischen bäuerlichen Betriebe katastrophale Auswirkungen, sondern auch für die Kleinbauernfamilien und Zuckerrohrarbeiter in den armen Ländern sowie die Umwelt und geht in eine vollkommen falsche Richtung.

Auch wenn die EU-Kommission hier versucht Gegenteiliges zu behaupten: Die verschiedenen Bauernverbände und sozialen Bewegungen, mit denen wir in den Entwicklungsländern in Kontakt stehen, sind eindeutig gegen diese Vorschläge. Sie sind sowieso nicht die Nutznießer von weiteren Liberalisierungsmaßnahmen im Agrarbereich. Dies zeigen auch Untersuchungen der UNCTAD, der UN-Organisation für Handel und Entwicklung.

Die AKP-Länder - ehemaligen Kolonien in Afrika, Karibik und Pazifik - und auch die LDC-Länder - die 50 ärmsten Länder - die aufgrund ihres bevorzugten Marktzuganges massiv von diesen Vorschlägen betroffen sind, sind gegen diese Art der Reform. Durch die erhebliche Preisreduktion, verlieren auch sie rund 40% ihrer bisherigen Einnahmen. Die Schwächsten unter ihnen haben keine Chance zu diesen Preisen zu produzieren. Andere wären gezwungen mehr zu exportieren und dafür weniger zu bekommen. Durch den freien Marktzugang für die LDC-Länder (also die Aufgabe einer vernünftigen Quotenregelung für diese Länder) würde Zucker zum Spekulationsgut werden. Internationale Händler werden am Weltmarkt billigen Zucker einkaufen und ihn dann teurer am europäischen Markt verkaufen (Dreieckshandel). Davon profitiert mit Sicherheit nicht die ländliche Bevölkerung in diesen Ländern.

Was die AKP und LDC-Länder brauchen und auch fordern, ist ein regulierter Marktzugang mit einer vernünftigen Quotenregelung zu einem lohnenswerten Preis. Dieser bevorzugte EU-Marktzugang müsste mit sozialen und ökologischen Mindeststandards kombiniert werden. Dies wäre wirklich ein Beitrag zur Armutsreduzierung und eine echte Entwicklungschance für diese Länder.

Was Europa „exportieren“ müsste, sind seine Umwelt- und Sozialstandards. Ziel der momentanen neoliberalen EU-Handelspolitik scheint es aber zu sein, in Konkurrenz mit den weltweiten Billigstanbietern zu treten. Das kann nicht funktionieren, sondern führt nur zu Sozialdumping. Wie glaubwürdig ist Europa, von den Entwicklungsländern höhere Umwelt- und Sozialstandards zu verlangen, wenn man ihnen gleichzeitig sagt, aber für eure Produkte bekommt ihr jetzt 40% weniger? Die EU macht hier eine Politik gegen die Bauerfamilien und gegen die Arbeiterinnen und Arbeiter in Europa und den Entwicklungsländern. Nutznießer dieses Reformvorschlages sind die großen Lebensmittel- und Getränkekonzerne, internationale Händler und Großgrundbesitzer mit ihren riesigen Zuckermonokulturen in Ländern wie Brasilien, aber sicher nicht die in Armut lebende ländliche Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Die europäischen Bauern und Arbeiterinnen und Arbeiter sollen „bluten“, aber die Menschen in den Entwicklungsländern haben nichts davon, weil den Profit die großen internationalen Konzerne abschöpfen. Bauernfamilien in Europa sollen nicht länger gegen Kleinbauernfamilien in den Entwicklungsländern ausgespielt werden. Das gleiche gilt für Arbeiterinnen und Arbeiter. Dieses neoliberale Wirtschaftsmodell ist weder nachhaltig noch zukunftsweisend. Es leistet einen wesentlichen Beitrag, dass die Menschen in vielen Entwicklungsländern in Armut gehalten werden und greift jetzt mit seinen negativen Auswirkungen auch immer mehr auf Europa über. Gegner sind nicht die Menschen in Nord und Süd, sondern ein Wirtschaftsmodell, das zu viele Menschen ausschließt, im Süden schon lange und jetzt zunehmend auch im Norden.